

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Redaktion und für Anzeigen die Druckerei entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Anzeigensatz Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Redaktion und für Anzeigen die Druckerei entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Anzeigensatz Nr. 23.

Telegramme: Cagedblatt Erzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 303

Donnerstag, den 30. Dezember 1926

21. Jahrgang

Der Mainzer Zwischenfall.

Paris, 28. Dez. 1926. Der „Zwischenfall von Mainz“, den die Pariser nationalistiche Presse seit zwei Tagen in der schamlosesten Weise ausschaltet, und alle Argumente nicht nur gegen die Begnadigung der von dem Landauer Kriegsgericht verurteilten Deutschen, sondern gegen die Politik deutsch-französischer Versöhnung und Annäherung schlechthin ins Treffen führt, erfährt heute durch die zuständigen französischen Stellen eine Aufklärung, die der nationalistischen Hege die Felle wegschwimmen läßt und die ganze Verlogenheit ihrer gegen Deutschland gerichteten Kampagne ins grellste Licht erseht.

Wie der französische Innenminister Sarraut im Anschluß an den heute morgen abgehaltenen Ministerrat mitteilte, hat dieser sich u. a. auch mit dem Zwischenfall beschäftigt. Er hat auf Grund des von dem Generalstab der Rheinarmee erstatteten amtlichen Berichts festgestellt, daß die beiden von der Wenge belästigten französischen Militärs nach ihrem eigenen Geständnis im Zustand vollkommener Betrunktheit gewesen sind und die an der Söldnerrei beteiligten Deutschen provoziert haben.

Als gestern die in der Schilderung des Tatbestandes fast wörtlich mit der heute von französischer Seite gegebenen Version übereinstimmende deutsche amtliche Darstellung hier bekannt wurde, schrien die Rechtsblätter Jeter und Nordio. Sie beschuldigten die deutsche Regierung der unerhörten Verfälschung und behaupteten, daß auch dieser Zwischenfall von deutscher Seite provoziert worden sei, lediglich zu dem Zweck, die Frage der Rheinlandräumung erneut ins Rollen zu bringen.

Noch heute abend veröffentlicht der „Zentralanfragen“ einen Beitrag, der die amtliche deutsche Darstellung als in allen Stücken erfunden bezeichnet und die deutsche Regierung beschuldigt, sich der von Frankreich geforderten Genugtuung anzuliegen zu wollen. Bisher, so führt das Blatt aus, habe Frankreich allein alle Kosten der Annäherungspolitik bezahlt, ohne das Deutschland die geringste Gegenleistung gebracht habe. Die öffentliche Meinung in Frankreich sehe von Tag zu Tag klarer, daß sie damit übers Ohr gehauen worden sei, und, wenn Deutschland heute auch noch die Räumung des Rheins verlange, so könne es sich darauf gefaßt machen, daß es damit in Frankreich auf entschiedene und unbreugbare Ablehnung stoßen werde. Das französische Volk habe genug von der Politik der Sentimentalität und denke nicht daran, die letzten Garantien seiner Sicherheit aus der Hand zu geben.

In der gleichen Nummer des Blattes steht die von der zuständigen Stelle veröffentlichte amtliche Darstellung des Mainzer Zwischenfalls. Man wird gespannt darauf sein dürfen, ob die Redaktion den Mut aufbringen wird, die der Wahrheit ins Gesicht schlagende Behauptung ihres Beitrags und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen zu berichtigen.

Auch Savas demontiert.

Paris, 25. Dezember. Savas verbreitet heute nachmittag folgende Meldung: Die Zeitungen erklären bezüglich des Zwischenfalls, der sich in der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember in Mainz ereignet hat, daß sich aus den Nachrichten, die der Generalstab der Rheinarmee geliefert hat, ergibt, daß die beiden belästigten französischen Militärs geschlagen worden sind, eingestanden haben, daß sie sich im Zustand der Trunkenheit befunden und mit den Deutschen Handel gefaßt haben. — Nach dem Paris-Tele hat Minister des Innern Sarraut nach dem Ministerrat die gleiche Erklärung abgegeben und ausdrücklich festgestellt, daß der Streit auf die beiden betrunkenen französischen Soldaten zurückzuführen sei.

Ein Nachspiel zum Fall Rouzier.

Vor dem Mainzer Militärberufungsgericht stand gestern die Witwe Gerlier aus Landau, die vom Militärpolizeigericht in Landau wegen Verletzung der Ordnungsgesetze und wegen Beleidigung französischer Besatzungsangehöriger zu zehn Tagen Gefängnis mit Bewährungsfrist und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Frau Gerlier hatte die Aufnahme des Deutschen Rouzier, der bei ihr einquartiert werden sollte, der französischen Wohnungskommission gegenüber mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Berufungsinstanz berücksichtigte die große Erregung der Angeklagten über die Mitteilung, daß sie Rouzier in ihrem Hause aufnehmen solle und erkannte auf Geldstrafen von 20 und 30 Mark.

Thyffens Protest gegen das Landauer Urteil.

Der Großindustrielle Fritz Thyff-n gibt der Öffentlichkeit Kenntnis von nachstehendem Brief, den er an den Vorsitzenden des deutsch-französischen Verständigungs-Komitees, Wlarysch, gerichtet hat: „Sehr geehrter Herr Wlarysch! Nach dem unerhörten Urteil von Landau ist

es mir unmöglich, dem deutsch-französischen Komitee weiter anzugehören. Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus demselben. Man scheint in Frankreich zu glauben, dem um die Bedingungen des Waffenstillstandes betrogenen und mit Hilfe von 24 anderen Nationen entwaffneten Deutschland, während man selbst bis an die Zähne bewaffnet ist, alles bieten zu können. Im Interesse des Friedens Europas wünsche ich, daß dieser französische Glaube baldmöglichst zerfällt. Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung (urs.) Fritz Thyff-n.“

„Ausföhnung mit Frankreich“

Eine französische Stimme!

Madrid, 28. Dezember. In einem „Ausföhnung mit Frankreich“ überschriebenen Artikel hebt ein Mitarbeiter der Zeitung El Debate die Bedeutung der Annäherung zwischen der deutschen und der französischen Politik hervor, indem er feststellt, daß auf beiden Seiten ernste und leidenschaftslos Staatsmänner aufrichtig für eine Aus-

föhnung eintreten, teils aus politischen Gründen, teils wegen wirtschaftlicher Notwendigkeiten, von denen einige als zwingend dringend erschienen.

In dem Artikel heißt es weiter: Die Politik Stresemanns hat schon sehr schätzenswerte Ergebnisse erzielt, was sich vor allem aus einem Vergleich der gegenwärtigen Lage mit derjenigen im Jahre 1923 ergibt. Zur Zeit ist Frankreich hauptsächlich wegen der Haltung der Nationalisten, der Katholiken und der Wehrverbände besorgt, während Deutschland das größte Hindernis für eine Ausföhnung in der militärischen Befestigung eines ausgedehnten und stark bevölkerten Gebietes mit den unvermeidlichen Übergriffen von Militärbehörden erblickt, wie sich dies kürzlich anlässlich des Kriegesgerichtsurlaubs von Landau zeigte. Dauert die Aera der militärischen Befestigung fort, so ist eine aufrichtige Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich; denn Freunde überwachen sich nicht gegenseitig mit aufgeschlagenem Bajonett, was als das ungeeignetste Mittel erscheint, um die Herzen zu gewinnen. Für ganz Europa ist eine Ausföhnung so notwendig und so wertvoll, daß alle die Pflicht haben, mit allen Mitteln dazu beizutragen, daß die noch bestehenden Rivalitäten verschwinden.

Der litauische Ministerpräsident in Memel.

Warum wurden Reichsdeutsche ausgewiesen?

Memel, 28. Dez. Am Dienstag morgen trafen Ministerpräsident Voldemaras und Verkehrsminister Jankevičius in Memel ein. Die Herren begaben sich zunächst in das Gouvernement, wo verschiedene Empfänge stattfanden. So wurde im Laufe des Vormittags eine vom Landtagspräsidenten Kraus geführte Abordnung des Landtages, bestehend aus Vertretern der Volkspartei, der Landwirtschaftspartei, der Sozialdemokratischen Partei und den beiden litauischen Abgeordneten vom Ministerpräsidenten in Gegenwart des Verkehrsministers, des Gouverneurs und des Juriskonsuls im Gouvernement empfangen. Hierbei wurden die das politische und wirtschaftliche Leben des Gebietes berührenden Fragen besprochen. Auch die Mitglieder des Direktoriums und die Vertreter der zentralen Behörden nahmen Gelegenheit, mit den beiden Herren Rücksprache zu nehmen. Im Laufe des Nachmittags hat der Ministerpräsident, der mit den ihn begleitenden Herren in den ersten Nachmittagsstunden die Kasernenanlagen in Augenschein genommen hatte, weitere im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten empfangen. Nachmittags 5 Uhr empfing der Ministerpräsident die Vertreter der Presse. Um 5 1/2 Uhr fand im Gouvernement ein Essen statt, zu dem Einladungen an Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben des Gebietes und der Stadt stehen, und Vertreter verschiedener Behörden ergangen sind. Die Abreise der litauischen Herren ist noch nicht bestimmt.

Wie von anderer Seite berichtet wird, kamen beim Empfang der Abordnung des Landtages auch die Ausweisung reichsdeutscher Schriftsteller zur Sprache. Eine Entscheidung ist, soweit verläutet, noch nicht getroffen worden. Ebenfalls wurde bei dem Empfang der Pressevertreter die Frage der Ausweisung reichsdeutscher Schriftsteller aus dem Memelgebiet angesprochen. Der Ministerpräsident äußerte hierzu, daß die Frage noch offen sei und er vorläufig noch nichts sagen könne. Die Frage, ob diese Angelegenheit Einfluß auf die deutsch-litauischen Verhandlungen haben würde, verneinte der Ministerpräsident, denn es handle sich um eine rein lokale Maßnahme, über die noch entschieden werden würde. Es bestehe zur Zeit in Litauen Kriegszustand, und die Kriegskommandanten hätten die Verpflichtung, für die Sicherheit des Staates zu sorgen.

Aus dem Auswärtigen Amt.

Wie nach Blättermeldungen verläutet, wird der vortragende Legationsrat Wedels aus der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes das neuerrichtete deutsche Generalkonsulat in Algier übernehmen. Legationsrat Heindorf, der bisher ebenfalls der Personalabteilung angehört, wird als Generalkonsul nach Algerien gehen. Der bisherige Leiter der Personalabteilung, Ministerialdirektor von Stöhrer, wird den ihm übertragenen Gesandtschaftsposten in Kairo im Laufe des Januar antreten. Ebenso wird der frühere Pressesekretär der Reichsregierung, Ministerialdirektor Rip, seine neue Tätigkeit als Botschaftssekretär in Washington im Januar antreten.

Die Russenbewegung in Brasilien.

Die Reuter aus Buenos Aires meldet, ist bei einem Zusammenstoß zwischen brasilianischen Regierungstruppen und russischen eine Abteilung der Regierungstruppen zerstreut worden. Eine Reihe von Offizieren soll gefallen sein.

Waffen schmuggel an der italienisch-schweizerischen Grenze.

Rom, 28. Dez. Die Grenzwaache von Como hat an der Grenze zwölf verdächtige Personen verhaftet, die etwa 100 großkalibrige Revolver nach Italien einschmuggeln wollten.